

Starkes Signal aus Oberösterreich:

„UNSERE KINDER BRAUCHEN JETZT UNTERSTÜTZUNG“

Eltern, Politik sowie die Kinder- und Jugendanwaltschaft fordern gemeinsam vom Bund mehr Lehrer:innenstunden für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein.

Der Anteil der Kinder in Pflichtschulen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf (SPF) liegt aktuell bei 5,6 Prozent. Diese Quote berechnet sich aus dem Verhältnis von Schüler:innen mit SPF zur Gesamtzahl der Schüler:innen im Pflichtschulbereich. Der Bund geht seit 34 Jahren unverändert von 2,7 Prozent aus. Weil die Berechnung mit jedem Jahr weiter vom realen Bedarf abweicht, reichen die tatsächlich gedeckten Stunden von Sonderpädagog:innen bei weitem nicht mehr aus. Der Bund stellt aktuell nur noch etwa die Hälfte der erforderlichen Mittel zur Verfügung. Schon zu lange wurde hier nicht reagiert.

Im aktuellen Regierungsprogramm ist eine Anhebung auf 4,5 Prozent vorgesehen. Mittlerweile ist klar, dass dies frühestens nach dem Finanzausgleich 2029 erfolgen kann. „Diese Zeit haben unsere Kinder und unser gesamtes Bildungssystem nicht mehr! Der kritische Punkt wurde längst überschritten“, so Gertrude Riegler, Sprecherin einer bundesweiten Elterninitiative. Gemeinsam mit den Bildungssprecher:innen aller im OÖ. Landtag vertretenen Parteien und der Kinder- und Jugendanwaltschaft fordert sie den Bund einmal mehr auf, hier dringend zumindest eine schrittweise Anhebung des Förderschlüssels auf 3,1 Prozent bereits ab dem kommenden Schuljahr vorzunehmen.

Kinder mit Lerndefiziten, vor allem aber Kinder mit körperlicher Behinderung, ADHS oder im Autismusspektrum bekommen nach Untersuchung mittels Bescheids einen sonderpädagogischen Förderbedarf zugesprochen. Der Gesetzgeber sieht damit vor, dass diesen Kindern mehr Lehrer:innenstunden zustehen. De facto bekommt jedoch nur etwa die Hälfte dieser Kinder diese Lehrer:innenstunden vom Bund finanziert. Um den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, werden viele dieser fehlenden Lehrer:innenstunden mit Assistenzstunden aufgefangen. Assistent:innen sind trotz großem Engagement kein vollwertiger Ersatz. Das gefährdet langfristig nicht nur die Bildungsqualität, sondern ist auch rechtlich ein Graubereich.

15a-Vereinbarung als erster Zwischenschritt

Viele Lehrer:innen arbeiten bereits an der Belastungsgrenze. Gleichzeitig nehmen Schulsuspendierungen und Fälle von Mobbing zu. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden im Zugang zu ihren Bildungschancen ganz klar benachteiligt.

Die Anhebung der SPF-Quote von 2,7 auf 4,5 Prozent steht zwar im Regierungsprogramm 2025 - 2029. Es handelt sich dabei aber um eine Zielformulierung ohne konkretes Umsetzungsdatum. Die SPF-Quote ist im Rahmen des Finanzausgleiches geregelt. Der aktuelle Finanzausgleich endet planmäßig 2028. Änderungen würden also frühestens 2029 wirksam. Eine frühere Umsetzung wäre nur in Form einer Sonderfinanzierung durch das Bildungsministerium möglich und wäre von der jeweiligen Budgetsituation abhängig. Längerfristige Rechts- und Finanzierungssicherheit für Länder, Schulen und natürlich für die Schüler:innen und ihre Eltern wäre somit nicht gegeben.

Eine wesentlich verbindlichere Finanzierung würde kurzfristig eine 15a-Vereinbarung sicherstellen. Diesen Verträgen zwischen Bund und Ländern liegen klar definierte Rechte und Pflichten zugrunde, sie stellen während des festgelegten Zeitraums Rechts- und Finanzierungssicherheit her. Immer wieder wird so die Umsetzung wichtiger Anliegen zwischen Bund und Ländern geregelt. Beispiele dafür sind etwa die Sprachförderung in der Kinderbetreuung oder Investitionsförderungen für Krabbelstuben.

„Mit einer solchen 15a- Vereinbarung könnte in einem ersten Zwischenschritt die SPF-Quote von 2,7 % auf 3,1 % angehoben werden. Das Regierungsziel von 4,5 Prozent könnte in weiterer Folge mit dem neuen Finanzausgleich 2029 umgesetzt werden. Wir fordern, die längst fällige Aufstockung der SPF-Stunden für unsere Kinder, aber auch für die vielen engagierten Lehr- und Assistenzkräfte endlich und vor allem rasch umzusetzen“, bringt Getrude Riegler die gemeinsame Forderung abschließend auf den Punkt.

Mag.^a (FH) Gertrude **Riegler** | Sprecherin Elterninitiative:

„Es macht uns Eltern und auch vielen Lehrer:innen Mut und Hoffnung, dass wir hier gemeinsam in dieser Form für Kinder, die mehr Förderung brauchen, aufstehen. Pädagog:innen, Eltern und vor allem die Kinder haben hier zu lange zu wenig Aufmerksamkeit erfahren. Für uns ist dieser heutige gemeinsame Impuls historisch. Unser größter Dank geht an die Kinder- und Jugendanwaltschaft sowie an die Bildungssprecher:innen ALLER Parteien, die hier erneut geschlossen eine klare und laute Botschaft an die Bundesregierung richten: Mehr Lehrer:innen bedeuten mehr Bildungschancen! Wir fordern umgehende Maßnahmen gegen das Ressourcendefizit, konkret die schrittweise Anhebung auf zumindest 3,1 Prozent ab Herbst 2026. Mut, Hoffnung und endlich Gehörtwerden ist, was Kinder und ihre Familien, aber auch die Schulen besonders brauchen, um wieder Vertrauen in eine bessere Zukunft zu schöpfen.“

Mag.^a Christine **Winkler-Kirchberger** | Kinder und Jugendanwältin des Landes OÖ:

„Kinder und Jugendliche mit Behinderungen erleben nach wie vor Benachteiligung, besonders im Bildungssystem. Dabei ist nicht ihre Behinderung selbst das Hindernis, sondern fehlende strukturelle Unterstützung. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes Oberösterreich (KiJA OÖ) setzt sich gezielt für eine inklusive Schule ein, in der alle Kinder Zugang zu den notwendigen Förder- und Unterstützungsmaßnahmen erhalten – insbesondere zum Sonderpädagogischen Förderbedarf. Nur wenn ausreichende Ressourcen vorhanden sind, können Kinder mit Behinderungen in Regelschulen integriert werden. Bildung ist der Schlüssel zu Selbstbestimmung, sozialer Teilhabe und einem selbstständigen Leben. Inklusion im Schulbereich ist daher eine zentrale Voraussetzung für echte Chancengleichheit und gesellschaftliche Integration.“

LAbg. Mag.^a Regina **Aspalter** | Bildungssprecherin OÖVP

„Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schülerinnen und Schüler einen möglichst barrierefreien Zugang zu Bildung und Chancengleichheit haben. Unsere gemeinsame Resolution im Landtag war dafür ein wichtiger Schritt. Gerade für Kinder mit Förderbedarf tragen wir eine besondere Verantwortung. Inklusive Bildung darf kein Sparmodell sein. Sie erfordert verbindliche Investitionen, ausreichend Fachpersonal und verlässliche Rahmenbedingungen. Ohne diese Voraussetzungen wird der Anspruch auf Chancengleichheit verfehlt und das

Recht von Kindern auf angemessene Bildung nicht eingelöst. Als OÖVP werden wir uns weiterhin für dieses wichtige Thema einsetzen. Das sind wir den Kindern, ihren Eltern und auch den vielen engagierten Pädagoginnen und Pädagogen schuldig.“

LAbg. Stefanie **Hofmann** | Bildungssprecherin FPÖ OÖ

„Unser gemeinsamer Anspruch ist die beste Bildung für alle Kinder – besonders für jene mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Inklusion darf keine leere Worthülse bleiben. Der seit über 30 Jahren gedeckelte Bundes-Schlüssel von 2,7 % entspricht längst nicht mehr dem realen Bedarf, der in Oberösterreich bereits deutlich darüber liegt. Deshalb ist endlich eine Anpassung an die tatsächlichen Zahlen und eine gesicherte Finanzierung durch den Bund notwendig. Der Oö. Landtag hat dazu bereits im Jänner 2025 einstimmig eine Resolution beschlossen und eine Anhebung des Bundesschlüssels gefordert. Zusätzlich müssen Schulassistenten und frühe Sprach- und Entwicklungsdiagnostik gestärkt werden, damit jedes Kind lernen, dazugehören und bestmöglich gefördert werden kann.“

LAbg. Doris **Margreiter** | Bildungssprecherin SPOÖ

"Wenn heute Eltern, die Kinder- und Jugendanwältin und Politiker:innen aller Couleurs gemeinsam für die Rechte von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eintreten, ist das ein starkes Signal, wie auch schon die Unterstützung aller Fraktionen für die von uns initiierte Bundesresolution. Besonders wichtig ist uns, dass Inklusion nicht nur auf dem Papier steht, sondern im Schulalltag gelebt wird. Das bedeutet: ausreichend Sonderpädagog:innen, individuelle Förderpläne und eine Kultur des Miteinanders, die Vielfalt als Chance begreift. Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben – und dieser Schlüssel darf keinem Kind vorenthalten werden. Eine Förderquote von 2,7 % reicht für dieses Ziel nicht aus – weder in Oberösterreich, noch in Österreich.“

LAbg. Mag. Reinhard **Ammer** | Bildungssprecher GRÜNE OÖ

„Bildung ist ein Menschenrecht – und das gilt uneingeschränkt auch für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Dass der Bund derzeit nur rund die Hälfte der notwendigen Lehrer:innenstunden finanziert, ist nicht hinnehmbar. Die Folgen spüren Kinder, Eltern und Pädagog:innen täglich: Überforderung, Ausgrenzung und ein Rückschritt bei der Inklusion. Wir Grünen stehen klar für gemeinsames Lernen und echte Wahlfreiheit der Eltern. Dafür braucht es endlich ausreichend qualifizierte Pädagog:innen und keine weiteren

Sparrunden auf dem Rücken der Schwächsten. Zumindest eine schrittweise Anhebung der Ressourcen ab Herbst 2026 ist dringend notwendig – unsere Kinder können nicht warten.“

LAbg. Dagmar **Häusler**, BSc | Bildungssprecherin MFG

„Das Problem ist seit Jahren bekannt: Wenn Kinder die Unterstützung, die sie brauchen, nicht bekommen, hat das reale und spürbare Folgen für Familien und Schulen. Es handelt sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um gelebten Alltag. Fehlen sonderpädagogische Ressourcen, trifft das Kinder unmittelbar und belastet Schulen und Familien gleichermaßen. Diese Forderung ist daher nicht nur gerechtfertigt, sie ist überfällig. Kinder mit besonderem Förderbedarf brauchen ausreichend qualifizierte Pädagogen – jetzt, nicht irgendwann. Es geht um Chancengerechtigkeit, um Teilhabe und letztlich um die Verantwortung des Staates gegenüber den Schwächsten. Daher unterstützen wir diese Forderung ausdrücklich.“

LAbg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Julia **Bammer** | Bildungssprecherin NEOS OÖ

"Inklusion ist eine Frage von Haltung und Qualität. Kinder entfalten ihr Potenzial dort, wo sie sich zugehörig fühlen und Beziehung stattfinden kann. Genau darum geht es hier. Wenn das System Eltern zwingt, um Ressourcen zu kämpfen, läuft etwas grundlegend falsch. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die Schulen stärken und Vielfalt ermöglichen. Tausende Stimmen zeigen deutlich: Das Thema ist dringend und breit getragen. Inklusion bedeutet, Kinder nicht passend zu machen, sondern die Strukturen. Das ist eine Investition in eine lernfähige, menschliche Gesellschaft. Diesen Appell richte ich an die Bundesregierung.“

Kontakt

Mag (FH) Gertrude Riegler

Sprecherin der bundesweiten Elterninitiative für Kinder mit besonderem Bedarf im
Pflichtschulbereich

mobil: 06765458177

E-Mail: gertrude@inklusionoesterreich.at

Web: www.eikib.at